Gegenstand: **Format Sonderstadtrat Klimaschutz**
Vorlage: 0985/2026

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigefügt.

Die Vorsitzende erläutert einleitend die Vorlage und benennt die unterschiedlichen Erwartungshaltungen von Ratsmitgliedern, Verwaltung und Öffentlichkeit an den *Sonderstadtrat Klimaschutz*. Es sei zu klären, wie das Format zukünftig weitergeführt werden soll.

Herr Brandenburger betont, dass ein freies und modernes Format wie in der Vorlage auf viel Gegenliebe vonseiten der SPD stoße. Man werde den Vorschlag voll unterstützen.

Frau Dreyer stellt den zeitlichen Ablauf zwischen Vorlage und Beschlussfassung infrage. Die Grünen befürchteten eine Verschleppung dieser wichtigen Thematik. Die Fraktion werde dem Vorschlag zustimmen.

Herr Kabs äußert, dass die CDU mit der Vorlage grundsätzlich einverstanden sei. Er stellt klar, dass die vergangenen Klimaschutzsitzungen wenig zufriedenstellend gewesen seien. Es bestehe der Wunsch nach mehr messbaren Zielen. Durch Änderungen am Format würden Verbesserungen erwartet.

Herr C. Ableiter teilt ebenfalls die Unzufriedenheit der FWS mit dem bisherigen Format mit. Er stimme der CDU zu, dass Ergebnisse sichtbar gemacht werden müssten. Schon seit Oberbürgermeister Schineller seien keine messbaren Fortschritte erzielt worden. Die Verwaltung lasse viel Potential ungenutzt. Klimaschutz müsse in allen Referaten der Stadtverwaltung gepflegt werden und sei kein Monopolthema der Umweltdezernentin; als Beispiel sei die Anschaffung von E-Fahrzeugen im Fuhrpark und ein flächendeckender Einsatz von LED-Beleuchtung zu nennen. Klimaschutz könne vor diesem Hintergrund auch Sparpotential entfalten. Der Verbrauch von Strom- und Heizenergie müsse systematisch gemessen und aufbereitet werden. Ein Workshop biete zu viel Raum für „blabla“. Im Bereich des Hitzeschutzes müsse es Ziel sein, eine der heißesten Städte Deutschlands erträglicher zu machen. Große Bäume und Beschattung auf wichtigen öffentlichen Plätzen sei unabdingbar. Das Format des Sonderstadtrates müsse abseits vom Brainstorming funktionieren, sondern sich konsequent auf Ziele fokussieren. Ersatzpflanzungen in der Innenstadt lassen immer noch zu wünschen übrig.

Die Vorsitzende wirft ein, dass sich die Verwaltung dafür einsetze, Klimaschutz messbar zu machen. Zahlen und Übersichten zum Thema Pflanzung und Versiegelung müssten noch erstellt werden. Federführend kümmere sich der Fachbereich 5 - Strategische Stadtentwicklung und Zukunftsfragen in Person von Björn Freitag um die Auswertung. Die Stadt beteilige sich auch aktiv am deutschlandweiten Wettbewerb „Abpflastern“.

Herr Popescu äußert seine Skepsis das Format betreffend. Auch die Linke wünsche sich zielführende Besprechungen. Man gebe der Sache aber gerne eine Chance.

Frau Keller-Mehlem teilt mit, dass die Vorbehalte gegenüber dem bisherigen Format bekannt seien. Eine tiefergehende Behandlung von Themen sei fraktionsübergreifend gewünscht. Die UfS würden dem vorgeschlagenen *World Café* positiv entgegensehen. Neue Schnittmengen über die

110/MU - 04/2003

Parteigrenzen hinweg könnten dadurch erkannt werden. Dem neuen Format werde zugestimmt und Unterstützung zugesichert.

Die Vorsitzende schließt die Diskussion und teilt mit, dass die Hinweise der anwesenden Fraktionen aufgenommen werden. Die Beschlussvorlage werde für den Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss vorbereitet.

Gegenstand: **Nachbesetzung der 2. hauptamtlichen Beigeordnetenstelle**
Vorlage: 0983/2026

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigefügt.

Die Vorsitzende öffnet die Diskussion mit dem Hinweis auf die Vorlage. Es soll ein Stimmungsbild aus den Fraktionen zum Jahresende vorliegen. Eine eventuelle Ausschreibung der Stelle habe bis September 2027 zu erfolgen; die Wahl könnte im September oder November 2027 stattfinden.

Herr C. Ableiter betont, dass Personaleinsparungen an der Spitze beginnen sollten. Die zweite hauptamtliche Beigeordnetenstelle könne nach Auffassung der FWS eingespart werden. Das Thema „Umwelt“ sei eine Querschnittsaufgabe, die in allen Referaten eine Rolle spielen soll. Es bestehe keine Notwendigkeit für politische Interessen im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Die Vorsitzende wirft an dieser Stelle ein, dass die Parkraumbewirtschaftung und die Einhaltung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften nicht im parteipolitischen Hintergrund der Beigeordneten zu verorten sind, sondern neutralen Gesetzesvollzug darstellen.

Herr Popescu äußert die ebenfalls ablehnende Haltung der Linken zur Beigeordnetenstelle. Die politische Leitung des Fachbereichs 2 sei bei der Oberbürgermeisterin besser aufgehoben. Die Fraktion habe sich bei manchen Themen mehr Vorankommen gewünscht und sehe mit Blick auf den städtischen Haushalt ein Einsparpotential. Die Stadtspitze sei mit Oberbürgermeister und Bürgermeister gut genug besetzt.

Frau Hofmann teilt die Ablehnung vonseiten der FDP mit. Die Stadtspitze bestehend aus Oberbürgermeisterin und Bürgermeister genüge. Die finanziellen Verpflichtungen in Form von Gehalt und Pensionsansprüchen einer weiteren hauptamtlichen Beigeordneten könnten eingespart werden.

Herr Brandenburger informiert, dass die Meinungsbildung der SPD noch nicht abgeschlossen sei. Bedacht werden müssten unter anderem die organisatorischen Folgen innerhalb der Verwaltung. Gegebenenfalls könne die Vorlage nichtöffentlich im Hauptausschuss beraten werden.

Herr Kabs stellt fest, dass die Position mit viel Arbeit und Verantwortung verbunden sei. Die Verteilung der Aufgaben und die Berührungspunkte innerhalb der Verwaltung und zur Politik müssten besprochen werden. Vor dem Hintergrund der potentiellen Einsparungen könne man sich auch vorstellen, auf die Stelle zu verzichten. Die CDU positioniere sich ergebnisoffen in der Sache.

Frau Dreyer und die Grünen-Fraktion wünschten sich, dass der Themenkomplex Klimaschutz entsprechend positioniert und weiter ausgebaut werden werde. Die Position der Beigeordneten habe viele Aufgaben inne. Wenn die Stelle nun gestrichen werde, könnte sich der Rat später über stagnierende Arbeit ärgern. Es seien weitere Diskussionen im Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss notwendig.

Frau Keller-Mehlem teilt mit, dass sich die UfS mehr Feedback von der Verwaltung wünschten. Es sei vorrangig zu klären, ob die Aufgaben von der Oberbürgermeisterin und dem Bürgermeister bewältigt werden könnten, wenn die Beigeordnetenstelle entfällt. Die Qualität der Verwaltungsarbeit solle nicht leiden. Es sei weiterer Gesprächsbedarf notwendig.

Die Vorsitzende schlägt vor, dass das Thema im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des übernächsten Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses *[Protokollnotiz: 21.01.2027]* weiter diskutiert werde.

110/MU - 04/2003

Nach Auffassung von C. Ableiter sei die Diskussion öffentlich zu führen. Die Organisation der Verwaltung könne nicht in die Nichtöffentlichkeit geschoben werden. Die Vorsitzende ermahnt zum respektvollen Umgang miteinander.

Frau Dreyer merkt an, dass die Diskussion sich auf konkrete Personen beziehen und damit auch persönliche Daten enthalten könne. Es stehe kein Verschanzen vor der Öffentlichkeit, sondern Personenschutz im Vordergrund. Die Sache könne durchaus nichtöffentlich diskutiert werden. Sie wirft die offene Frage in den Raum, ob Personen bekannt sind, die sich der Aufgabe gewachsen sehen und bittet die Fraktionen darum, sich frühzeitig zu beraten oder bekannte Personen direkt anzusprechen.

Nach Ansicht von Herrn Popescu gebe es sowohl Gründe für eine öffentliche als auch für eine nichtöffentliche Diskussion. Es gebe Menschen, die die Aufgabe wahrnehmen könnten und wollten. Unabhängig vom Parteibuch werde auf eine gute Arbeitsqualität Wert gelegt. Die Beigeordnetenstelle könne auch nachträglich noch besetzt werden.

Die Vorsitzende schließt die Diskussion mit einem Dank für die konstruktiven und transparenten Positionen der anwesenden Fraktionen. Die Verwaltung werde eine neue Beschlussvorlage erarbeiten. Im 1. Quartal 2027 sei eine Entscheidung zu treffen, damit die Verwaltung entsprechende Vorbereitungshandlungen treffen kann.

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Es liegen keine Informationen der Verwaltung vor.

5. Sitzung des Ältestenrates 17.11.2026 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!